

## **Vom Umgang mit umstrittenen Straßennamen Umbenennungsdiskussionen anhand von Fallbeispielen**

Dr. Peter Autengruber, Lehrbeauftragter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien

In Wien sorgte jahrzehntelang die Debatte über die Benennung eines Abschnittes der Ringstraße nach Karl Lueger (Dr.-Karl-Lueger-Ring) für Aufregung. Im Auftrag der Stadt Wien untersuchte eine Historikerkommission sämtliche auf Personen bezogene Verkehrsflächen in Wien und legte 2013 einen Bericht vor; 2014 erschien er in erweiterter Form als Buch („Umstrittene Wiener Straßennamen“). Für September ist ein Ergänzungsband angekündigt.

In Graz untersuchte eine Historikerkommission von 2014-2018 das Verkehrsflächennetz, in Salzburg legte eine Kommission heuer einen Abschlussbericht vor, auf der Website der Stadt Klagenfurt finden sich 25 als problematisch eingestufte Namen, in Villach wurden 270 Ergänzungstafeln zu Straßennamen angebracht und der Historiker Werner Koroschitz legte 2020 einen Bericht zu nationalsozialistisch belasteten Villacher Straßennamen vor. In Linz wird derzeit das auf Personen bezogene Verkehrsflächennetz evaluiert.

Straßennamen sind in erster Linie Orientierungshilfe, aber im Zuge von Umbenennungsdebatten tritt der Symbolhaushalt in den Vordergrund. Umbenennungsdiskussionen sind zumeist hochemotional aufgeladen. Aber wer entscheidet nun, ob eine Verkehrsfläche umbenannt wird oder ein Denkmal abgerissen oder mit einer künstlerischen Intervention versehen wird? Wo reichen Zusatztafeln als Erklärung aus? Wo wurde eine rote Linie überschritten? Personen, deren nationalsozialistische Verstrickung über das gewöhnliche Mitläufertum hinausging oder deren Haltung durch kriegshetzerische, frauenfeindliche oder rassistische Äußerungen geprägt war?

Benennungskriterien ändern sich, ebenso Wertehaltungen. Zu unterscheiden ist zwischen Umbenennungen auf Grund politischer Zäsuren (1918, 1934, 1938, 1945 und z.B. in Wien 1955 oder in den Ländern des ehemaligen „Ostblocks“ 1989) und Umbenennungen auf Grund geänderter Wertehaltungen. 1918 verschwanden die Habsburger zu einem Teil aus dem Verkehrsflächennetz, 1934 das Rote Wien. Die Austrofaschisten setzten eine Kommission ein, welche Verkehrsflächen und Denkmäler radikal umbenannte bzw. entfernte. Die Nationalsozialisten löschten die Erinnerung an die Vorgängerdiktatur und benannten alle jüdische Personen ehrende Straßennamen um. In der sowjetischen Besatzungszone in Wien wurde nach dem Staatsvertrag ein Stalinplatz und andere von den Sowjets initiierte Namen entfernt.

Jüngst wurden durch die Black-Live-Matter-Debatte neue Namen ins Spiel gebracht. So schwappte etwa die Debatte über die Mohrenstraße in Berlin auch auf Wien über (Große und Kleine Mohregasse). Die Wiener Historikerkommission durchforstete alle „kolonialen“ Verkehrsflächen.

Anhand einiger ausgewählter Fallbeispiele (Sebastian Brunner, Franz Dusika, Maria Grengg, Hans Kloepfer, Josef Weinheber) wird die Problematik erläutert.